

Antrag der Fraktion der CDU**Senat Bovenschulte muss den Rechtsstaat überall durchsetzen –
Illegale Besetzung des Hagenwegs endlich beenden!**

Seit nunmehr fünf Jahren besetzen Aktivisten, die sich nach eigenem Bekunden dem linksradikalen politischen Spektrum zuordnen, eine circa 1 ha große Fläche am Hagenweg 6, in Bremen-Walle. Auf Betreiben der vormaligen Umweltsenatorin, Frau Dr. Schaefer von Bündnis 90/Die Grünen, welche dem Vernehmen nach große Sympathie für die dortigen Umtriebe der sogenannten „Ölhafen-Crew“ hegt, wurde daraufhin ein runder Tisch initiiert, mit dem erklärten Ziel, die Nutzung der Fläche als Wagenplatz auf eine gesetzeskonforme Grundlage zu stellen und die Landnahme hierdurch nachträglich zu legalisieren.

In der Realität lässt der vom Senat Bovenschulte angestrebte Abschluss eines Zwischennutzungsvertrags für das besagte Areal nunmehr seit mindestens zwei Jahren auf sich warten. Maßgeblich verantwortlich hierfür sind die Protagonisten der „Ölhafen-Crew“, die es in der Zwischenzeit nicht vermochten beziehungsweise für nötig erachteten, die notwendigen Angaben und Nachweise zu erbringen. Etwaige Nachteile durch diesen offen zur Schau gestellten Unwillen zur tatsächlichen Zusammenarbeit mit den behördlichen Organen unseres demokratischen Rechtsstaats muss die „Ölhafen-Crew“ unter der Ägide des Senats Bovenschulte indes nicht befürchten. Vielmehr unternimmt der rot-rot-grüne Senat seitdem nichts gegen diesen Akt der Besetzung und duldet somit ganz offen einen fortwährenden Rechtsbruch durch einen Personenkreis, der sich nicht an die Grundsätze unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens halten möchte. Anstatt den in Rede stehenden Platz zu räumen, lassen sich Bürgermeister Bovenschulte und sein Senat vonseiten der „Ölhafen-Crew“ seit Jahren auf der Nase herumtanzen.

Für die CDU-Bürgerschaftsfraktion war und ist klar, dass es keinerlei Veranlassung dazu gibt, den Aktivisten der „Ölhafen-Crew“ die okkupierte Fläche am Hagenweg zu überlassen. Den Bürgern in dieser Stadt wäre es schlicht auch nicht zu erklären, dass das Ergebnis einer illegalen Besetzung ein mit der Behörde geschlossener Nutzungsvertrag ist. Nach unserer Überzeugung dürfen illegale Besetzer nicht mit Nutzungsverträgen belohnt

werden, sondern müssen sich genauso an Recht und Gesetz halten, wie beispielsweise die in unmittelbarer Nachbarschaft befindlichen Kleingärtner.

Unabhängig vom persönlichen Lebensentwurf und der damit im Zusammenhang stehenden individuellen Wohnform sind nach unserer festen Überzeugung vor dem Gesetz alle Menschen gleich zu behandeln. Auf diesem Grundsatz fußt unser Gemeinwesen und es schließt selbstverständlich auch Aktivisten jeglicher politischen Couleur mit ein, egal ob sie unseren Staat und seine Autorität nun ablehnen oder nicht.

Im Rahmen der Behandlung der Petition S 20/174 „Keine Ölhafen-Crew im Bremer Westen“, die sich ebenfalls gegen die Legalisierung einer illegalen Besetzung ausspricht, wurden seitens des Senats Bovenschulte in einer Stellungnahme mitgeteilt, dass bereits Kosten für die Planung und die Konzeptentwicklung auf dem Weg zum Nutzungsvertrag für die Wagenburg entstanden sind. Diese Kosten sind selbstverständlich den Besetzern in Rechnung zu stellen.

Der Senat Bovenschulte darf nicht weiter zulassen, dass immer mehr rechtsfreie Räume in Bremen entstehen, sondern muss sich diesen zum Wohle der Stadtgesellschaft konsequent entgegenstellen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. die von der sogenannten Ölhafen-Crew besetzte Fläche am Hagenweg 6 in Walle spätestens drei Monate nach Beschlussfassung zu räumen und sämtliche Kosten, die seit der illegalen Besetzung für die Stadtgemeinde Bremen entstanden sind sowie die Kosten der Räumung gegenüber den Besetzern (gerichtlich) geltend zu machen;
2. die städtische Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung sowie die städtische Deputation für Inneres über die vollzogene Räumung und alle relevanten Begleiterscheinungen im Nachgang zu informieren.

Kerstin Eckardt, Frank Imhoff und Fraktion der CDU